

6. Kein Zwang zu Smartphones und Kreditkarten durch Zürcher Behörden

Einzelinitiative Marcel Blunier vom 2. Mai 2023

KR-Nr. 194/2023

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Eintreten auf Einzelinitiativen ist obligatorisch. Gemäss Paragraf 139 des Gesetzes über die politischen Rechte ist festzustellen, ob die vorliegende Einzelinitiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird.

Wird das Wort zur vorläufigen Unterstützung der Einzelinitiative gewünscht?

Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden): Digital verfügbare Services können das Leben vereinfachen: Ich muss kein «Münz» mehr im Sack haben, wenn ich mit der Karte bezahlen will. Ich kann meinen Umzug online anmelden und muss nicht mehr auf die Gemeinde. Ich kann mittels Online-Banking meinen Zahlungsverkehr regeln, eine Bank muss ich dafür nicht mehr betreten. Das ist schön und gut für Menschen, die digital unterwegs sind. Für die SP ist es aber wichtig, dass der Alltag auch für Menschen ohne Smartphone und/oder mit Datenschutzbedenken lebbar bleibt. Viele von uns geben unsere Daten heute leichtfertig ab, der Bequemlichkeit halber, und das ist auch unser gutes Recht. Aber wir müssen den Menschen, die das nicht wollen, ermöglichen, ihre Privatsphäre zu schützen. Auch der Staat muss nicht alles wissen, wir wollen keine gläsernen Bürger. Deshalb unterstützen wir das Kernanliegen dieser EI.

Patrick Walder (SVP, Dübendorf): Das Bundesgesetz über die Währung und Zahlungsmittel schreibt eine Annahmepflicht von allen schweizerischen Banknoten und die Annahme von bis zu 100 Umlaufmünzen vor. Bargeld ist weiterhin ein wichtiges Zahlungsmittel, welches unabhängig von der Stromversorgung funktioniert. Die Annahme von Bargeld ist im obenerwähnten Bundesgesetz geregelt. Das Problem bei diesem Gesetz ist, dass bei Verstössen keine Sanktionen vorgesehen sind. Auch wenn es bei Verstössen keine Sanktionen gibt, müssen sich Kanton und Gemeinden unbedingt an Gesetze halten. Dies ist eine berechtigte Erwartung der Bevölkerung. Die Einzelinitiative «Kein Zwang zu Smartphones und Kreditkarten durch Zürcher Behörden» suggeriert, dass es in einzelnen Gemeinden zur Bezahlung gewisser Gebühren keine Bargeldmöglichkeiten mehr gibt. Die SVP-EDU-Fraktion wird die Einzelinitiative nicht unterstützen, wird aber zur Klärung der offenen und jetzt aufgeworfenen Fragen heute Morgen eine schriftliche Anfrage einreichen. Besten Dank.

Beat Hauser (GLP, Rafz): Die GLP hält an der Digitalisierung fest und ist der Ansicht, dass diese zu fördern ist. Wir sehen aber bei öffentlichen und amtlichen Verrichtungen auch gewisse Gefahren, wie es zur Ausschliessung von Bevölkerungsgruppen kommen kann, wenn es um die Digitalisierung, insbesondere den

Zahlungsverkehr, geht. Die Kreditkarte ist durch die Banken nicht einfach so erhältlich, sondern setzt ein regelmässiges Einkommen respektive ein Vermögen voraus. Diese Bedingungen können nicht von allen im Kanton Zürich lebenden Personen erfüllt werden, insbesondere junge Erwachsene, Sozialversicherungsbezüger – kleiner Vermerk: ALV/IV zählt auch dazu – und auch ältere Personen, die mit der Digitalisierung teilweise überfordert sind – da als Beispiel die ZVV-Ticket-Apparate (*Zürcher Verkehrsverbund*) –, leider auch teilweise Frauen, die über kein eigenes Einkommen und Vermögen verfügen. Ebenfalls weiss man aus der Schuldenberatung, dass Kreditkarten ein grosses Risiko sind und zur Verschuldung beitragen. All diese Faktoren sollten der Kanton und die Gemeinden bei der Eintreibung seiner Gebühren berücksichtigen. Deshalb wünschen wir uns, dass das eidgenössische Währungsgesetz auch im Kanton Zürich umgesetzt wird, das vorschreibt, dass 100 Münzen in jedem Fall angenommen werden müssen. Die GLP unterstützt die Gemeindeautonomie. Wir wünschen uns aber bei der Umsetzung der Digitalisierung keine Ausgrenzung von Personen oder ausschliesslich nur noch digitale Systeme oder Zahlungsarten in Betracht zu ziehen. Es gäbe noch mehr Argumente, weshalb die ausschliessliche Verwendung von Kreditkarten nicht das richtige Zahlungsinstrument ist für Kleinbeträge – Stichwort «Kommissionen und Abgaben», «ausländische Kreditkartengebühren» et cetera. Die GLP unterstützt die EI nicht, wird den Digitalisierungsprozess aber kritisch begleiten. Danke.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der Einzelinitiative KR-Nr. 194/2023 stimmen 34 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht worden. Die Initiative ist abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt.